

Leitfaden zur Ausschreibung von Leistungen der Fachplanung Technische Ausrüstung der Anlagengruppen 1, 2, 3, 6, 7 und 8 (Abwasser-, Wasser-, Gasanlagen, Wärmeversorgungsanlagen, Luft- technische Anlagen, Aufzugsanlagen, FTS, Rohrpostanla- gen, Medizinische Gase sowie Gebäudeautomation gem. § 55 HOAI 2021

Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb nach GWB und VgV

Eigenbetrieb Immobilien Kliniken Ostalb

Vergabenummer: 2244_2025_OAK_HLS

A.	Allgemeines	5
I.	Definitionen.....	5
II.	Auftraggeber.....	6
III.	Art und Umfang des Auftrags	6
a)	Beschreibung des Projekts.....	7
b)	Projektunterlagen	8
c)	Derzeitige Terminplanung	9
IV.	EU-Auftragsbekanntmachung.....	10
V.	Vergaberechtsregime	10
VI.	Vergabeverfahrensart	10
VII.	Wichtige Hinweise zum Verhandlungsverfahren.....	10
VIII.	Nebenangebote	10
IX.	Unterteilung in Lose	11
X.	Vertragsbedingungen	11
XI.	Voraussichtlicher Zeitplan des Vergabeverfahrens.....	11
XII.	Verfahrensbedingungen	11
1.	Zugelassene Sprachen	12
2.	Bearbeitungskosten (Kostenerstattung)	12
3.	Eigentum an den Teilnahmeanträgen und Angeboten.....	12
4.	Abgabe der Teilnahmeanträge und Angebote	12
a)	Registrierung	12
b)	Systemvoraussetzungen zur Nutzung des E-Vergabe-Portals.....	13
c)	Projektraum	13
d)	Bietertool.....	13
e)	Vorgehen für die Abgabe von Teilnahmeanträgen und Angeboten	14
f)	Erläuterungen zur Verschlüsselung der Angebote und Teilnahmeanträge.....	14
5.	Präsentations- und Verhandlungstermin	14
6.	Bindefrist	15
7.	Angaben der Preise	15
8.	Formblätter des Auftraggebers	15
9.	Änderungen der Vergabeunterlagen	15
10.	Gewerbliche Schutzrechte	15
11.	Gewerbezentralregistrauszug	15
12.	Sicherstellung des Wettbewerbes.....	16
13.	Vertraulichkeit und Geheimhaltung	16
14.	Beschaffung weiterer Informationen	16
15.	Ergänzungen / Überarbeitungen der Vergabeunterlagen	17
16.	Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren.....	17
17.	Rechtsbehelfsbelehrung	17

B.	Teilnahmewettbewerb	19
I.	Aufforderung zur Abgabe von Teilnahmeanträgen	19
1.	Erstellung und Einreichung des Teilnahmeantrags	19
2.	Formale Prüfung der Teilnahmeanträge	19
3.	Nichtvorliegen von Ausschlussgründen, Erfüllung der Eignungskriterien	20
4.	Bewerbergemeinschaften	20
5.	Eignungsleihe	21
II.	Eignungsanforderungen	21
1.	Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung	21
2.	Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit	21
a)	Eigenerklärung zum Umsatz mit vergleichbaren Leistungen	21
b)	Eigenerklärung zum Gesamtjahresumsatz	21
3.	Technische und berufliche Leistungsfähigkeit	22
a)	Angaben zur Zahl der Beschäftigten und Führungskräfte	22
b)	Angaben zu realisierten, vergleichbaren Referenzprojekten	22
III.	Beschränkung der Zahl der aufzufordernden Bewerber	24
IV.	Fragen und Mitteilung von Unklarheiten in den Vergabeunterlagen	25
V.	Ergänzende Hinweise	25
C.	Angebots- und verhandlungsphase	26
I.	Aufforderung zur Abgabe von Angeboten	26
1.	Angebote	26
2.	Angebotsschreiben	26
3.	Mindestanforderungen	26
II.	Wertung der Angebote	27
1.	Ermittlung der Leistungspunkte (L)	28
2.	Ermittlung der Preispunkte (P)	32
III.	Bieterfragen	32
1.	Hinweispflicht bei Unklarheiten oder Fehlern in den Vergabeunterlagen	32
2.	Frist für Bieterfragen	32
3.	Beantwortung von Bieterfragen und sonstigen Mitteilungen des Auftraggebers	32
IV.	Allgemeine Anforderungen an die Angebote	32
1.	Frist zur Abgabe der Erstangebote	33
2.	Umgang mit verspätet eingegangenen Angeboten	33
3.	Änderungen des Angebots durch den Bieter	33
4.	Eintragungen des Bieters und Änderungen hieran	33
5.	Änderungen der Vergabeunterlagen	33
6.	Formblätter des Auftraggebers	33
V.	Aufforderung zur Teilnahme an Präsentations- und Verhandlungsterminen	34
VI.	Aufforderung zur Abgabe etwaiger Folgeangebote	35

VII.	Aufforderung zur Abgabe etwaiger Folgeangebote und zur Teilnahme an weiteren Verhandlungsrunden	35
VIII.	Aufforderung zur Abgabe der endgültigen Angebote	35
IX.	Etwaige Aufhebung des Vergabeverfahrens	35
X.	Vertragsschluss	35

A. ALLGEMEINES

Die in den Vergabeunterlagen verwendeten Bezeichnungen gelten für alle Geschlechter. Lediglich aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird nachfolgend ausschließlich die männliche Form verwendet.

I. Definitionen

- „**Auftragsunterlagen**“ (auch als „**Vergabeunterlagen**“ bezeichnet) sind sämtliche Unterlagen, die vom öffentlichen Auftraggeber erstellt werden oder auf die er sich bezieht, um Bestandteile der Auftragsvergabe oder des Verfahrens zu beschreiben oder festzulegen.
- Als „**öffentlicher Auftraggeber**“ (in diesem Vergabeverfahren auch als „**Auftraggeber**“ oder „Vergabestelle“ bezeichnet) wird die ausschreibende juristische Person bezeichnet.
- „**Öffentliche Aufträge**“ sind zwischen einem oder mehreren Wirtschaftsteilnehmern und einem oder mehreren öffentlichen Auftraggebern schriftlich geschlossene entgeltliche Verträge über die Ausführung von Bauleistungen, die Lieferung von Waren oder die Erbringung von Dienstleistungen.
- Als „**Wirtschaftsteilnehmer**“ wird eine natürliche oder juristische Person oder öffentliche Einrichtung oder eine Gruppe solcher Personen und/oder Einrichtungen bezeichnet, einschließlich jedes vorübergehenden Zusammenschlusses von Unternehmen, die beziehungsweise der auf dem Markt die Ausführung von Bauleistungen, die Errichtung von Bauwerken, die Lieferung von Waren und/oder die Erbringung von Dienstleistungen anbietet. Als Synonym für den Begriff „Wirtschaftsteilnehmer“ wird in diesem Vergabeverfahren der Begriff „**Unternehmen**“ verwendet.
- Die Wirtschaftsteilnehmer, die sich am Teilnahmewettbewerb beteiligen, werden als „**Bewerber**“ bezeichnet. Nehmen mehrere Wirtschaftsteilnehmer gemeinsam am Teilnahmewettbewerb teil, werden diese als „**Bewerbergemeinschaft**“ bezeichnet.
- Die Wirtschaftsteilnehmer, die zu einer Abgabe eines Angebots aufgefordert werden, werden ab dem Zeitpunkt dieser Aufforderung als „**Bieter**“ bezeichnet. Wird eine Bewerbergemeinschaft zur Angebotsabgabe aufgefordert, werden alle Beteiligte derselben gemeinsam als „**Bieter**“ oder „**Bietergemeinschaft**“ bezeichnet. Die Bewerbergemeinschaft geht somit im Falle der Aufforderung zur Angebotsabgabe begrifflich in eine Bietergemeinschaft über.
- Ein „**Unterauftragnehmer**“ (auch als „Nachunternehmer“ oder „Subunternehmer“ bezeichnet) ist ein Wirtschaftsteilnehmer, der vornehmlich aufgrund eines Unterauftrags (bspw. eines Werk- oder Dienstvertrages) im Auftrag eines anderen Unternehmens, des Hauptauftragnehmers, oder als Unterauftragnehmer eines Unterauftragnehmers des Hauptauftragnehmers (sog. **Unter-Unterauftragnehmer**) oder auf weiteren Stufen in

der Kette der Unterauftragsvergabe die gesamte oder einen Teil der vom Hauptwirtschaftsteilnehmer gegenüber dessen Auftraggeber geschuldeten Leistung erbringt.

- In Bezug auf die Kriterien für die wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit und die Kriterien für die technische und berufliche Leistungsfähigkeit kann ein Wirtschaftsteilnehmer (sog. „**eignungsleihendes Unternehmen**“) die Kapazitäten anderer Unternehmen (sog. „**eignungsverleihendes Unternehmen**“) im Wege der sog. „**Eignungsleihe**“ in Anspruch nehmen.
- Als „**Dritte**“ werden sowohl „Unterauftragnehmer“ bezeichnet als auch solche Unternehmen, deren Kapazitäten ein Wirtschaftsteilnehmer für die Eignungsleihe in Anspruch nimmt (sog. „**eignungsverleihendes Unternehmen**“) sowie Unternehmen, bei denen beide Voraussetzungen (eignungsverleihendes Unternehmen und Unterauftragnehmer) gleichzeitig gegeben sind.
- Der Bieter oder die Bietergemeinschaft, der bzw. die den Zuschlag letztendlich erhält, wird als „**Zuschlagsempfänger**“ und „**Auftragnehmer**“ bezeichnet.

Die „Vergabeunterlagen“ bestehen aus diesem Dokument „Leitfaden“ sowie den in der Teilnahme- und der Angebotsaufforderung benannten Anlagen. Soweit in den Anlagen oder in sonstigen Dokumenten auf dieses Dokument „Leitfaden“ verwiesen wird, wird das Dokument auch als „**Verfahrensleitfaden**“ bezeichnet.

II. Auftraggeber

Auftraggeber ist

Eigenbetrieb Immobilien Kliniken Ostalb
Im Kälblesrain 1
73430 Aalen.

Der Eigenbetrieb Immobilien Kliniken Ostalb wird in den Vergabeunterlagen gleichbedeutend und gemeinsam auch als „Auftraggeber“ oder „Vergabestelle“ bezeichnet. Die Bewerber/Bieter werden gleichbedeutend auch als „Auftragnehmer“ bezeichnet. Auftraggeber und Auftragnehmer werden gemeinsam auch als „Vertragspartner“ bezeichnet.

III. Art und Umfang des Auftrags

Gegenstand der vorliegenden Ausschreibung sind Leistungen der Fachplanung Technische Ausrüstung der Anlagengruppen 1, 2, 3, 6, 7 und 8 (Abwasser-, Wasser-, Gasanlagen, Wärmeversorgungsanlagen, Lufttechnische Anlagen, Aufzugsanlagen, FTS, Rohrpostanlagen, Medizinische Gase sowie Gebäudeautomation nach § 55 HOAI 2021 i.V.m. Anlage 15, Leistungsphasen 1 bis 9, für den Neubau Regionalversorger der Kliniken Ostalb am Standort Essingen.

Die Fachplanungsleistungen Technische Ausrüstung werden stufenweise beauftragt, insbesondere soweit erwartete Fördermittel für die jeweilige Stufe bewilligt werden, soweit die Finanzierung gesichert ist und soweit keine schwerwiegenden Gründe gegen eine Weiterbeauftragung vorliegen. Hierbei handelt es sich um solche Gründe, die im Falle einer bereits erfolgten Beauftragung den Auftraggeber zu einer außerordentlichen Kündigung berechtigen würden.

Die Leistungen werden durch einseitigen Abruf beauftragt, und zwar entweder vollständig oder beschränkt auf bestimmte Leistungsphasen (stufenweise Beauftragung).

Der Auftragnehmer hat keinen Rechtsanspruch auf die Beauftragung einzelner oder gar aller Stufen.

Der Umfang der vom Auftragnehmer zu erbringenden Leistungen ergibt sich aus dem Ingenieurvertrag und den Anlagen.

Der Auftragnehmer hat die Vertragsbestandteile mit der Sachkunde eines erfahrenen Fachplaner Technische Ausrüstung sorgfältig auf Widersprüche, Lücken, Fehler, Unstimmigkeiten und Unklarheiten zu prüfen und den Auftraggeber auf solche unverzüglich schriftlich hinzuweisen. Dabei stimmen die Vertragsparteien überein, dass diese Verpflichtung auch bereits im Stadium der Vertragsanbahnung gegolten hat.

a) Beschreibung des Projekts

Der der Eigenbetrieb Immobilien Kliniken Ostalb plant am Standort Essingen einen Klinikneubau als zentraler Regionalversorger mit ca. 650 Planbetten und -plätzen. Eng verzahnt mit den beiden dezentralen Standorten in Mutlangen (Stauferklinikum Schwäbisch Gmünd) und Ellwangen (St. Anna-Virngrund-Klinik) bildet der Regionalversorger zukünftig das Herzstück der Kliniken Ostalb.

Damit wird auf einer Fläche von ca. 10 Hektar an der B29 bei Essingen ein Gesundheitscampus mit ganzheitlichem medizinischem Leistungsspektrum für die Menschen in der Ostalb-Region entstehen.

Kernstück dieses Campus wird der Klinikneubau, welcher die zentrale Funktion der Gesundheitsversorgung für den Ostalbkreis übernehmen wird. Der Klinikneubau verfügt über die wesentlichen medizinischen Fachbereiche mit der Ausstattung für den operativen und konservativen Bereich, der Notfall- und Intensivmedizin, Mutter-Kind-Zentrum, diagnostischen Verfahren, in sekundären und tertiären Dienstleistungs- und Servicebereichen.

Die Energiezentrale zur Versorgung der Klinik soll möglichst im Gebäude integriert werden. Je nach Energiekonzept ist eine Verortung der Energiezentrale jedoch auch auf dem Campus im nahen Umfeld des Klinikgebäudes möglich.

Auf dem Gelände werden weitere medizinische Versorgungsbereiche angesiedelt. Die räumliche Standortnähe ermöglicht neue Kooperationen und Synergien, um die

Gesundheitsversorgung der Patienten zielgerichtet und wirtschaftlich gewährleisten zu können. Des Weiteren sollen auf dem Gelände ein Bildungszentrum/Pflegeschule, alle erforderlichen Nebengebäude und eine Kindertagesstätte gebaut werden.

Das prognostizierte Investitionsvolumen für das Klinikgebäude, gerechnet auf den mutmaßlichen Fertigstellungstermin des Projekts liegt bei ca. EUR 825 Millionen brutto.

Der zu planende Klinikneubau wird voraussichtlich eine Nutzfläche von ca. 49.000 m² (Stand 04/2025) umfassen. Außerdem sollen ca. 1.000 Stellplätze in einem Parkhaus bereitgestellt und ein Hubschrauber-Landeplatz vorgesehen werden.

Es ist beabsichtigt, das Projekt mit der Building Information Modeling (BIM)-Methode zu realisieren.

Die Gebäude und die Infrastruktur des gesamten Gesundheitscampus müssen in Bezug auf Nachhaltigkeit, maximale Energieeffizienz, wirtschaftlichen und ökologischen Umgang mit Ressourcen (Baumaterialien, Energieerzeugung, Abfallentsorgung, Betrieb und Instandhaltung etc.) sowie Behaglichkeitskriterien für Patienten und Mitarbeiter im gesamten Planungs- und Bauprozess betrachtet werden.

Für das Klinikums-Hauptgebäude (inkl. Wirtschaftshof) ist ebenso wie für folgende Gebäude eine stufenweise Beauftragung der HOAI-Leistungsphasen 1 bis 9 jeweils getrennt je Gebäude und je Stufe beabsichtigt:

- Kindertagesstätte,
- Bildungszentrum / Pflegeschule,
- Personalwohnen,
- MVZ / Ärztehaus,
- Rettungswache sowie
- Parkhaus

Das Gebäude

- Sonderpflege

ist lediglich bezüglich städtebaulicher Verortung und als „Zukunftsfläche“ zu betrachten, um im Hinblick auf den Bebauungsplan in Abstimmung mit der Gemeinde Essingen treten zu können. Die planerische und bauliche Realisierung dieses Gebäudes erfolgt teilweise durch Dritte.

Nähere Informationen zum Leistungsgegenstand erhalten die im Rahmen des Teilnahmewettbewerbs ausgewählten Bewerber mit der Aufforderung zur Angebotsabgabe.

b) Projektunterlagen

Zur Verfügung gestellt werden folgende Unterlagen:

Im Teilnahmewettbewerb:

- B.01_Teilnahmeaufforderung
- B.02_Leitfaden
- B.03_DS-GVO
- B.04_Teilnahmeantrag
- B.05_Bei Bedarf auszufüllende Formblätter
- Anlage_1_Ingenieurvertrag (Entwurf)
- Anlage_2_Leistungsbeschreibung
- Anlage_3_Bebauungsplan-Entwurf (nicht final)
- Anlage_4_Luftbild, Fotos des Areals
- Anlage_5_Basis-Informationen zu den Gebäuden
- Anlage_6_Funktions- / Raumprogramm, Version 1.2, Stand 07/2025 (nicht final)
- Anlage_7_Medizinkonzeption
- Anlage_8_Bauliche Massenstudie
- Anlage_9_BIM-Lastenheft (AIA)

Im Verhandlungsverfahren:

- B.02_Leitfaden
- B.06_Aufforderung zur Angebotsabgabe
- B.07_Angebotsformular
- B.07_Honorarformblatt (Excel)
- B.08_Verhandlungsbedarfsliste
- B.12_Unterauftragnehmer
- Anlage_1_Ingenieurvertrag (Entwurf)

Sollten weiterführende Untersuchungen, Gutachten, Nachweise oder ähnliches außerhalb des Leistungsbereiches des Auftragnehmers darüber hinaus zwingend erforderlich werden, ist der Auftragnehmer verpflichtet, dies dem Auftraggeber mitzuteilen.

c) Derzeitige Terminplanung

Abhängig von der Vergabe der Leistungen der Fachplanung der Technischen Ausrüstung sieht die derzeitige Terminplanung des Auftraggebers vorläufig wie folgt aus:

Zeitpunkt	Geplanter Projektschritt
ca.1.Quartal 2026	Planungsbeginn
ca. 2./3.Quartal 2029	Baubeginn
ca. Ende 2032	Bauliche Fertigstellung

IV. EU-Auftragsbekanntmachung

Der Auftraggeber hat seine Absicht über die Vergabe des hier gegenständlichen Auftrags

***„Neubau Regionalversorger der Kliniken Ostalb am Standort Essingen,
Fachplanung Technische Ausrüstung der Anlagengruppen 1, 2, 3, 6, 7, und 8“***

bei TED („Tenders Electronic Daily“) bekannt gemacht. Tenders Electronic Daily ist die On-line-Version des „Supplement zum Amtsblatt der Europäischen Union“ und abrufbar unter <https://ted.europa.eu/TED/main/HomePage.do>.

V. Vergaberechtsregime

Der Auftraggeber verfährt nach Teil 4 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) sowie nach den Regelungen der Verordnung zur Modernisierung des Vergaberechts (Vergaberechtsmodernisierungsverordnung – VergRModVO), insbesondere nach der Verordnung über die Vergabe öffentlicher Aufträge (Vergabeverordnung – VgV).

VI. Vergabeverfahrensart

Die Auswahl des Wirtschaftsteilnehmers und dessen Beauftragung mit der hier ausgeschriebenen Leistung erfolgt im **Verhandlungsverfahren mit vorgeschaltetem Teilnahmewettbewerb** (vgl. §§ 119 Abs. 5 GWB, 14 Abs. 3; 17, 74 VgV).

VII. Wichtige Hinweise zum Verhandlungsverfahren

Der Auftraggeber weist darauf hin, dass die Verhandlungen in verschiedenen aufeinanderfolgenden Phasen abgewickelt werden können, um so die Zahl der Angebote, über die verhandelt wird, anhand der vorgegebenen Zuschlagskriterien zu verringern, § 17 Abs. 12 VgV. Insbesondere behält sich der Auftraggeber vor, lediglich mit den drei wirtschaftlichsten Bietern – bezogen auf die Erstangebote – zu verhandeln, indem zunächst eine Überarbeitung der Angebote erfolgt. In einem weiteren Schritt ist vorgesehen, mit den zwei dann besten Bietern die Verhandlungen fortzusetzen.

VIII. Nebenangebote

Nebenangebote sind nicht zugelassen.

IX. Unterteilung in Lose

Eine weitere Unterteilung der Leistungen in Fachlose und/oder Teillose findet nicht statt.

X. Vertragsbedingungen

Über die auftragsgegenständlichen Leistungen wird ein Ingenieurvertrag geschlossen.

XI. Voraussichtlicher Zeitplan des Vergabeverfahrens

Der vom Auftraggeber aufgestellte Zeitplan gestaltet sich voraussichtlich wie folgt:

Absendung der EU-Auftragsbekanntmachung	20.01.2026
Bewerberfragen sollten möglichst gestellt werden bis zum	16.02.2026
Fristablauf zur Abgabe der Teilnahmeanträge (Teilnahmefrist)	23.02.2026, 11.00 Uhr
Aufforderung zur Abgabe der Erstangebote	24.03.2026
Bieterfragen sollten möglichst gestellt werden (hinsichtlich der Erstellung der Erstangebote) bis zum	23.04.2026
Fristablauf zur Abgabe der Erstangebote (Angebotsfrist)	30.04.2026, 11.00 Uhr
Versendung der Einladung zum Präsentationstermin	06.05.2026
Präsentations- und Verhandlungstermine	11.05.2026
Aufforderung zur Abgabe der Letztangebote	15.05.2026
Fristablauf zur Abgabe der Letztangebote (Angebotsfrist)	22.05.2026, 11:00 Uhr
(Voraussichtliche) Benachrichtigung gemäß § 134 GWB (Absageschreiben an unterlegene Bieter)	Juni/Juli 2026
(Voraussichtlicher) Zuschlag	Juli 2026
Bindefrist	20.07.2026

Die Fristen sind für die Bewerber und Bieter bindend, soweit und solange der Auftraggeber hiervon nicht abweicht. Somit behält sich der Auftraggeber das Recht vor, den voraussichtlichen Zeitplan anzupassen.

XII. Verfahrensbedingungen

Die nachfolgend aufgeführten Bedingungen gelten für das gesamte zweistufige Verfahren und somit sowohl für den Teilnahmewettbewerb als auch die Angebotsphase. Dies ist unabhängig davon, ob die Unterlagen zur Angebotsphase den Bewerbern im Rahmen des Teilnahmewettbewerbes bereits vollständig zur Verfügung gestellt werden oder nicht.

1. Zugelassene Sprachen

Die Verfahrenssprache ist Deutsch. Der gesamte Schriftverkehr mit dem Auftraggeber ist in deutscher Sprache zu führen.

Für Angaben und Nachweise, die nicht in deutscher Sprache gefasst sind (z.B. Bescheinigungen ausländischer Behörden), sind neben Kopien der fremdsprachigen Originale auch beglaubigte Übersetzungen beizufügen.

Die Teilnahmeanträge und Angebote sind in deutscher Sprache abzufassen.

2. Bearbeitungskosten (Kostenerstattung)

Für die Erstellung der Bewerbungs- und Angebotsunterlagen werden den Wirtschaftsteilnehmern etwaig entstehende Kosten nicht erstattet.

3. Eigentum an den Teilnahmeanträgen und Angeboten

Die eingereichten Teilnahmeanträge und Angebote gehen in das Eigentum des Auftraggebers über.

4. Abgabe der Teilnahmeanträge und Angebote

Die Teilnahmeanträge und Angebote sind einschließlich der jeweils geforderten Unterlagen **ausschließlich elektronisch** über die Vergabeplattform

<https://www.dtv.de/Satellite/notice/CXP4Y9PMM8Y>

(nachfolgend als „E-Vergabe-Portal“ bezeichnet) zu übermitteln.

Unter <https://support.cosinex.de/unternehmen/> ist eine Anleitung für Unternehmen enthalten, in der die Funktionen und die Nutzung des E-Vergabe-Portals beschrieben sind. Weiter sind dort auch Video-Tutorials erhältlich, welche die Nutzung des E-Vergabe-Portals erläutern.

Eine anderweitige Übermittlung des Teilnahmeantrags und der Angebote (z.B. per Post, Kurier, direkt, anderweitig elektronisch (bspw. per E-Mail), fernschriftlich) ist nicht zugelassen. Der Teilnahmeantrag und die Angebote müssen vollständig sein. Für den Teilnahmeantrag und die Angebote sind die vom Auftraggeber bereitgestellten Formblätter zu verwenden.

a) Registrierung

Zur Teilnahme am Verfahren müssen sich alle interessierten Teilnehmer auf dem E-Vergabe-Portal <https://www.dtv.de/> **registrieren**. Einzelheiten zur Registrierung, siehe unter

<https://support.cosinex.de/unternehmen/display/company/Registrierung>

Es ist zu beachten, dass an die bei der Registrierung hinterlegte E-Mail-Adresse die gesamte Kommunikation des Vergabeverfahrens gerichtet sein wird.

Sollten interessierte Unternehmen über die folgenden Angaben hinaus weitere technische Hilfe benötigen, ist der Support des E-Vergabe-Portals zu kontaktieren. Siehe für die Kontaktdaten: <https://support.cosinex.de/unternehmen/>

Bewerber bzw. Bieter sollten rechtzeitig vor Fristablauf einen Test-Upload über das Bietertool durchführen und sich bei Problemen mit dem Support des E-Vergabe-Portals in Verbindung setzen.

b) Systemvoraussetzungen zur Nutzung des E-Vergabe-Portals

Die Systemvoraussetzungen zur Nutzung des E-Vergabe-Portals sind beschrieben unter

<https://support.cosinex.de/unternehmen/display/company/Systemvoraussetzungen>

Es wird empfohlen, sich zusätzlich über die Funktionen und Nutzung des E-Vergabe-Portals mittels der Video-Tutorials zu informieren. Zu den Video-Tutorials gelangen Sie über folgenden Link:

<https://support.cosinex.de/unternehmen/>

Es wird ergänzend darauf hingewiesen, dass keine Java Installation mehr nötig ist, um Angebote und Teilnahmeanträge abzugeben.

c) Projektraum

Im Projektraum können Vergabeunterlagen heruntergeladen, Nachrichten mit der Vergabestelle ausgetauscht und der Teilnahmeantrag sowie das Angebot abgegeben werden.

Nähere Einzelheiten zum Projektraum finden Sie unter

<https://www.dtv.de/Satellite/notice/CXP4Y9PMM8Y>

Es wird empfohlen, sich zusätzlich über die Funktionen und Nutzung des Projektraums mittels der Video-Tutorials zu informieren. Zu den Video-Tutorials gelangen Sie über den folgenden Link:

<https://support.cosinex.de/unternehmen/>

d) Bietertool

Voraussetzung für die Einreichung eines Teilnahmeantrages und eines Angebots ist die Installation und Ausführung des sog. „Bietertools“: Siehe hierzu: <https://support.cosinex.de/unternehmen/display/company/Bietertool-Installation>

e) Vorgehen für die Abgabe von Teilnahmeanträgen und Angeboten

1. Rufen Sie den Projektraum auf: <https://www.dtyp.de/Satellite/notice/CXP4Y9PMM8Y>
2. Verfahren Sie gemäß der unter <https://support.cosinex.de/unternehmen/display/company/Bietertool> dargestellten Informationen.

Es wird empfohlen, sich zusätzlich über das Vorgehen für die Abgabe von Teilnahmeanträgen und Angeboten mittels der Video-Tutorials zu informieren. Zu den Video-Tutorials gelangen Sie über den folgenden Link:

<https://support.cosinex.de/unternehmen/>

f) Erläuterungen zur Verschlüsselung der Angebote und Teilnahmeanträge

Die elektronischen Teilnahmeanträge und Angebote werden mit Hilfe des Bietertools auf dem Rechner des Bieters (lokal) zusammengestellt, mit den entsprechenden Schlüsseln des Vergabeverfahrens Ende-zu-Ende verschlüsselt, mit den vorgegebenen Signaturinformationen versehen und in Form sogenannter OSCI-Nachrichten (über das OSCI-Protokoll) zu einem „Vermittler“, dem sogenannten Intermediär, übertragen. Der „Vermittler“ sorgt für eine sichere Aufbewahrung der verschlüsselten Teilnahmeanträge und Angebote vor Ablauf der Teilnahme- bzw. jeweiligen Angebotsfrist, ergänzt die Meta-Informationen zum Teilnahmeantrag bzw. Angebot mit den notwendigen Zeitstempeln und führt die erforderlichen Signaturprüfungen inkl. Quittungsmechanismen durch.

Erst mit Ablauf der Teilnahme- bzw. Angebotsfrist und nach einem erfolgreichen 4-Augen-Login durch zwei berechtigte Nutzer des Auftraggebers holt das E-Vergabe-Portal die Teilnahmeanträge bzw. Angebote vom Intermediär ab und bringt die verschlüsselten Teilnahmeanträge bzw. Angebote mit den korrespondierenden Schlüsseln zusammen, sodass die Teilnahmeanträge bzw. Angebote im E-Vergabe-Portal entschlüsselt und zur weiteren Auswertung bereitgestellt werden.

5. Präsentations- und Verhandlungstermin

Der Auftraggeber legt fest, für welches Zeitfenster er die Bieter am Präsentations- und Verhandlungstag jeweils einlädt.

Ausschließlich die Bieter, die an den Präsentationsterminen und (sämtlichen) Verhandlungsterminen teilgenommen haben, werden zur Abgabe eines endgültigen Angebots aufgefordert.

6. Bindefrist

Wenn nichts anderes in der jeweiligen Aufforderung zur Angebotsabgabe angegeben, beträgt die Angebotsbindefrist 60 Tage. Der Bieter ist bis zum Ablauf der Bindefrist an sein Angebot gebunden, dieses kann bis zum Fristablauf nicht zurückgezogen werden.

7. Angaben der Preise

Alle Preise sind in Euro anzugeben.

Die Preise sind ohne Umsatzsteuer anzugeben. Der Umsatzsteuerbetrag ist unter Zugrundelegung des geltenden Steuersatzes im Angebot an der dafür vorgesehenen Stelle hinzuzufügen (auch soweit AG Steuerschuldner ist).

Nicht zu wertende Preisnachlässe bleiben Inhalt des Angebotes und werden im Fall der Auftragserteilung Vertragsinhalt.

Der Bieter hat auf Verlangen der Vergabestelle Unterlagen zur Preisermittlung zu dem von der Vergabestelle bestimmten Zeitpunkt vorzulegen. Dies gilt auch für Leistungen anderer Unternehmen.

8. Formblätter des Auftraggebers

Es sind ausschließlich diejenigen Formblätter zu verwenden, welche den Vergabeunterlagen beigelegt sind. Sollte der Auftraggeber ein oder mehrere Formblätter während des Vergabeverfahrens austauschen, ist immer das bzw. sind immer die aktuellen Formblätter zu verwenden.

9. Änderungen der Vergabeunterlagen

Änderungen in und an den Vergabeunterlagen durch die Bewerber oder Bieter sind unzulässig (vgl. § 53 Abs. 7 Satz 1 VgV).

10. Gewerbliche Schutzrechte

Der Bieter hat in seinem Angebot anzugeben, wenn für den Gegenstand des Angebots gewerbliche Schutzrechte bestehen oder von dem Bieter oder anderen beantragt sind. Beabsichtigt der Bieter, Angaben aus seinem Angebot für die Anmeldung eines gewerblichen Schutzrechts zu verwerten, hat er in seinem Angebot darauf hinzuweisen.

11. Gewerbezentralregisterauszug

Der Auftraggeber wird von dem Bieter, der den Zuschlag erhalten soll, beim Bundesamt für Justiz einen Auszug aus dem Gewerbezentralregister (gemäß § 150a Abs. 1 Nr. 4 GewO) anfordern.

12. Sicherstellung des Wettbewerbes

Vereinbarungen zwischen Unternehmen, Beschlüsse von Unternehmensvereinigungen und aufeinander abgestimmte Verhaltensweisen, die eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken, sind verboten und können zum Ausschluss vom Vergabeverfahren führen.

Die Wirtschaftsteilnehmer haben insbesondere zu beachten, dass der Geheimwettbewerb nicht durch eine Mehrfachbeteiligung unzulässig beeinflusst wird. Bei Vorliegen von Zweifeln wird der Auftraggeber von den Wirtschaftsteilnehmern den Nachweis verlangen, dass der Geheimwettbewerb gewahrt worden ist. Kann ein Wirtschaftsteilnehmer diesen Nachweis nicht erbringen, kann dies zum Ausschluss aus dem Vergabeverfahren führen.

13. Vertraulichkeit und Geheimhaltung

Die Vergabeunterlagen sind vertraulich zu behandeln. Die Vergabeunterlagen nebst allen Anlagen sind urheberrechtlich © geschützt. Sie dürfen nur zur Erstellung des Teilnahmeantrags und der Angebote (Erstangebot, ggf. weitere Angebote und endgültiges Angebot) verwendet werden. Jede Veröffentlichung und jede nicht durch den vorgenannten Verwendungszweck gedeckte Weitergabe an Dritte – auch auszugsweise – und jede Nutzung für andere Zwecke – beispielsweise für andere Vergabeverfahren – sind ohne die ausdrückliche schriftliche vorherige Zustimmung der Berechtigten nicht gestattet.

Wird kein Teilnahmeantrag oder kein Angebot abgegeben, so sind die Vergabeunterlagen in eigener Zuständigkeit zu vernichten.

Die Nichtbeachtung der Vertraulichkeitsanforderungen hat – unbeschadet weiterer Folgen – zwangsläufig Einfluss auf die Beurteilung der Zuverlässigkeit des Bewerbers und des Bieters, insbesondere auch bei zukünftigen Maßnahmen des Auftraggebers.

Die Bewerber haben in ihren Teilnahmeanträgen und die späteren Bieter in ihren Angeboten diejenigen Stellen zu bezeichnen oder zu markieren, die dem Geheimschutz im Sinne des § 165 Abs. 2 GWB unterfallen.

14. Beschaffung weiterer Informationen

Damit der Auftraggeber mit den Wirtschaftsteilnehmern besser kommunizieren kann, wird empfohlen, dass sich die Wirtschaftsteilnehmer auf dem E-Vergabe-Portal registrieren.

Durch die (kostenfreie) Registrierung auf dem E-Vergabe-Portal nehmen die Wirtschaftsteilnehmer automatisch an der elektronischen Kommunikation teil.

Die Wirtschaftsteilnehmer haben darauf zu achten, dass sie ausschließlich über das E-Vergabe-Portal ihre Fragen an den Auftraggeber richten.

Es ist zu beachten, dass an die bei der Registrierung hinterlegte E-Mail-Adresse die gesamte Kommunikation des Vergabeverfahrens gerichtet sein wird.

Ab der erfolgten Registrierung kann der Auftraggeber über das angegebene E-Vergabe-Portal die Wirtschaftsteilnehmer, die sich registriert haben, darüber informieren, ob neue beantwortete Bewerber- und Bieterfragen, etwaig überarbeitete Vergabeunterlagen sowie Mitteilungen des Auftraggebers zum Download auf dem E-Vergabe-Portal bereitgestellt wurden. Hierzu erhalten die registrierten Teilnehmer eine Information per E-Mail, dass auf dem E-Vergabe-Portal eine neue Information zum Verfahren eingestellt wurde.

Für den Zugang zur Auftragsbekanntmachung und zu den Vergabeunterlagen ist eine Registrierung zwar nicht erforderlich (vgl. § 41 Abs. 1 VgV). Ohne eine solche Registrierung kann der öffentliche Auftraggeber die nicht registrierten Bewerber/ Bewerbungsgemeinschaften bzw. Bieter/Bietergemeinschaften über nachträgliche Informationen jedoch nicht aktiv informieren. In diesem Fall obliegt es den nicht registrierten Wirtschaftsteilnehmern sich auf dem E-Vergabe-Portal regelmäßig selbst über etwaige Änderungen, wie beispielsweise über neue beantwortete Bewerber- und Bieterfragen, etwaig überarbeitete Vergabeunterlagen sowie Mitteilungen des Auftraggebers zu informieren (Holschuld). Diese Obliegenheit besteht bis zum Ablauf der Frist zur Abgabe der Teilnahmeanträge und Angebote (Erstangebot, ggf. weitere Angebote und endgültiges Angebot).

15. Ergänzungen / Überarbeitungen der Vergabeunterlagen

Die Vergabeunterlagen ändernde, ergänzende, berichtigende oder klarstellende Angaben behält sich der Auftraggeber in jeder Phase des Vergabeverfahrens vor.

16. Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren

Vergabekammer Baden-Württemberg im Regierungspräsidium Karlsruhe
Durchlacher Allee 100
76137 Karlsruhe, Deutschland
Telefon: +49 721/926-8730
Telefax: +49 721/926-3985
E-Mail: vergabekammer@rpk.bwl.de

17. Rechtsbehelfsbelehrung

Gemäß § 160 Abs. 3 Satz 1 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) ist ein Nachprüfungsantrag unzulässig, soweit

- der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Abs. 2 GWB bleibt unberührt,
- Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,

- Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,
- mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind. Satz 1 gilt nicht bei einem Antrag auf Feststellung der Unwirksamkeit des Vertrags nach § 135 Abs. 1 Nr. 2 GWB. § 134 Abs. 1 Satz 2 GWB bleibt unberührt.

Gemäß § 134 Abs. 1 GWB haben öffentliche Auftraggeber die Bieter, deren Angebote nicht berücksichtigt werden sollen, über den Namen des Unternehmens, dessen Angebot angenommen werden soll, über die Gründe der vorgesehenen Nichtberücksichtigung ihres Angebots und über den frühesten Zeitpunkt des Vertragsschlusses unverzüglich in Textform zu informieren. Dies gilt auch für Bewerber, denen keine Information über die Ablehnung ihrer Bewerbung zur Verfügung gestellt wurde, bevor die Mitteilung über die Zuschlagsentscheidung an die betroffenen Bieter ergangen ist.

Gemäß § 134 Abs. 2 GWB darf ein Vertrag erst zehn (10) Kalendertage nach Absendung (per Telefax, E-Mail oder elektronisch über das E-Vergabe-Portal) der Information nach 134 Abs. 1 GWB geschlossen werden. Die Frist beginnt am Tag nach der Absendung der Information durch den Auftraggeber; auf den Tag des Zugangs beim betroffenen Bieter und Bewerber kommt es nicht an.

Gemäß § 135 Abs. 2 Satz 1 GWB kann die Unwirksamkeit nach § 135 Abs. 1 GWB nur festgestellt werden, wenn sie im Nachprüfungsverfahren innerhalb von 30 Kalendertagen nach der Information der betroffenen Bieter und Bewerber durch den öffentlichen Auftraggeber über den Abschluss des Vertrags, jedoch nicht später als sechs Monate nach Vertragsschluss geltend gemacht worden ist. Hat der Auftraggeber die Auftragsvergabe im Amtsblatt der Europäischen Union bekannt gemacht, endet die Frist zur Geltendmachung der Unwirksamkeit 30 Kalendertage nach Veröffentlichung der Bekanntmachung der Auftragsvergabe im Amtsblatt der Europäischen Union.

B. TEILNAHMEWETTBEWERB

I. Aufforderung zur Abgabe von Teilnahmeanträgen

Der Auftraggeber fordert eine unbeschränkte Anzahl von Wirtschaftsteilnehmern im Rahmen eines Teilnahmewettbewerbs öffentlich zur Abgabe von Teilnahmeanträgen auf. Jeder interessierte Wirtschaftsteilnehmer kann einen Teilnahmeantrag abgeben. Mit dem Teilnahmeantrag übermitteln die Wirtschaftsteilnehmer die vom Auftraggeber geforderten Informationen für die Prüfung ihrer Eignung (vgl. § 17 Abs. 1 VgV). Der Auftrag wird nach Durchführung des Teilnahmewettbewerbs und der nachfolgenden Verhandlungs- und Angebotsphase an einen fachkundigen und leistungsfähigen (geeigneten) Wirtschaftsteilnehmer vergeben.

Dieser Teilnahmewettbewerb läuft wie folgt ab:

1. Erstellung und Einreichung des Teilnahmeantrags

Interessierte Unternehmen werden gebeten, einen Teilnahmeantrag zu erarbeiten und diesen form- sowie fristgerecht ausschließlich über das E-Vergabe-Portal einzureichen.

Mit dem Teilnahmeantrag übermitteln die interessierten Unternehmen die vom Auftraggeber geforderten Informationen für die Prüfung ihrer Eignung. Der Teilnahmeantrag muss die, in diesem geforderten Erklärungen und Nachweise sowie Anlagen beinhalten, soweit diese für die Eignungsprüfung des Bieters erforderlich sind. Die Bewerber/Bewerbergemeinschaften haben für diese Erklärungen, Nachweise und Anlagen das vom Auftraggeber zur Verfügung gestellte Formular zu verwenden und etwaige darüber hinaus geforderte Nachweise beizufügen.

2. Formale Prüfung der Teilnahmeanträge

Der Auftraggeber prüft die vorliegenden Teilnahmeanträge zunächst auf die Einhaltung der in diesen Vergabeunterlagen festgelegten formalen und inhaltlichen Anforderungen gemäß § 56 Abs. 1 VgV. Dabei überprüft er die Vollständigkeit und Richtigkeit des jeweiligen Teilnahmeantrags. Der Teilnahmeantrag muss vollständig sein und alle geforderten Unterschriften, Angaben und Erklärungen enthalten.

Im Rahmen der formalen Prüfung werden gemäß § 57 VgV Teilnahmeanträge ausgeschlossen, die nicht den Erfordernissen des § 53 VgV genügen, insbesondere:

- Teilnahmeanträge, die nicht form- oder fristgerecht eingegangen sind, es sei denn, der Bewerber hat dies nicht zu vertreten (§ 57 Abs. 1 Nr. 1 VgV).
- Teilnahmeanträge, die nicht die geforderten oder nachgeforderten Unterlagen enthalten (§ 57 Abs. 1 Nr. 2 VgV).
- Teilnahmeanträge, in denen Änderungen des Bewerbers an seinen Eintragungen nicht zweifelsfrei sind (§ 57 Abs. 1 Nr. 3 VgV).

- Teilnahmeanträge, bei denen Änderungen oder Ergänzungen an den Vergabeunterlagen vorgenommen worden sind (§ 57 Abs. 1 Nr. 4 VgV).

Ferner werden Teilnahmeanträge ausgeschlossen, die nicht in deutscher Sprache verfasst sind.

Der Auftraggeber kann die Bewerber unter Einhaltung der Grundsätze der Transparenz und der Gleichbehandlung auffordern, fehlende, unvollständige oder fehlerhafte unternehmensbezogene Unterlagen, insbesondere Eigenerklärungen, Angaben, Bescheinigungen oder sonstige Nachweise, nachzureichen, zu vervollständigen oder zu korrigieren, oder fehlende oder unvollständige leistungsbezogene Unterlagen nachzureichen oder zu vervollständigen. Die Unterlagen sind vom Bewerber nach Aufforderung durch den Auftraggeber innerhalb einer vom Auftraggeber festzulegenden angemessenen Frist vorzulegen. Ein Anspruch der Bewerber auf eine Nachforderung von Unterlagen besteht nicht.

3. Nichtvorliegen von Ausschlussgründen, Erfüllung der Eignungskriterien

Der Auftraggeber überprüft die Eignung der Bewerber anhand der gemäß § 122 GWB festgelegten Eignungskriterien und das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen im Sinne des § 123 und § 124 GWB.

4. Bewerbergemeinschaften

Bewerbergemeinschaften haben mit dem Teilnahmeantrag eine von allen Mitgliedern unterschriebene Erklärung abzugeben,

- in der alle Mitglieder aufgeführt sind und der für das Vergabeverfahren und die Durchführung des Vertrages bevollmächtigte Vertreter bezeichnet ist,
- dass der bevollmächtigte Vertreter die Mitglieder gegenüber dem Auftraggeber rechtsverbindlich vertritt,
- in der die Bildung einer Arbeitsgemeinschaft aus allen Mitgliedern im Auftragsfall erklärt ist,
- dass jedes Mitglied im Auftragsfall der Arbeitsgemeinschaft die für den Auftrag erforderlichen Mittel zur Verfügung stellen wird,
- dass alle Mitglieder der Bewerber-/Bietergemeinschaft und (im Auftragsfall) der Arbeitsgemeinschaft als Gesamtschuldner haften,
- dass die Bewerbergemeinschaft/Bietergemeinschaft nicht wettbewerbsbeschränkend gemäß § 1 GWB handelt.

Die rechtlichen Anforderungen an die Bildung von Bewerber-/Bietergemeinschaften sind einzuhalten. Die Bewerber-/Bietergemeinschaften haben für diese Erklärung das beigefügte

Formblatt „Bewerbergemeinschaftserklärung“ zu verwenden und dieses Formblatt mit ihrem Teilnahmeantrag ausgefüllt einzureichen.

5. Eignungsleihe

Beabsichtigt der Bewerber/die Bewerbergemeinschaft im Hinblick auf die erforderliche wirtschaftliche und finanzielle sowie technische und berufliche Leistungsfähigkeit die Kapazitäten anderer Unternehmen (sog. eignungsverleihende Unternehmen) in Anspruch zu nehmen, muss der Bewerber/die Bewerbergemeinschaft das Formblatt „Eignungsleihe Bewerber“ vollständig ausgefüllt mit dem Teilnahmeantrag abgeben.

II. Eignungsanforderungen

1. Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung

Der Bewerber hat einen aktuellen Auszug aus dem Berufs- oder Handelsregister oder eine gleichwertige Urkunde oder Bescheinigung einer zuständigen Verwaltungsbehörde oder eines Gerichts des Herkunftslandes des Bewerbers, soweit aufgrund der Unternehmensform des Bewerbers eine Eintragung vorgesehen, einzureichen (nicht älter als 6 Monate, maßgeblich für die Berechnung dieses Zeitraums ist der in der Bekanntmachung benannte Zeitpunkt des Ablaufs der Frist zur Abgabe der Teilnahmeanträge; Kopie ausreichend; bei fremdsprachigen Dokumenten mit deutscher Übersetzung). Bei Bewerbergemeinschaften gilt dies für sämtliche Mitglieder der Bewerbergemeinschaft.

2. Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

a) Eigenerklärung zum Umsatz mit vergleichbaren Leistungen

Der Bewerber/die Bewerbergemeinschaft hat eine Eigenerklärung zum Umsatz des Bewerbers/der Bewerbergemeinschaft (EUR, netto), der auf Leistungen entfällt, die mit den vorliegend ausgeschriebenen Leistungen vergleichbar sind Fachplanungsleistungen der Technische Ausrüstung der Anlagengruppen 1, 2, 3, 6, 7 und 8 (Abwasser-, Wasser-, Gasanlagen, Wärmeversorgungsanlagen, Lufttechnische Anlagen, Aufzugsanlagen, FTS, Rohrpostanlagen, Medizinische Gase sowie Gebäudeautomation bei Neubauten von Krankenhäusern gem. Ziff. 3b) der Leistungsphasen 1 bis 9, aufgeteilt für die letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahre, abzugeben.

b) Eigenerklärung zum Gesamtjahresumsatz

Der Bewerber/die Bewerbergemeinschaft hat eine Eigenerklärung zum Gesamtjahresumsatz des Bewerbers/der Bewerbergemeinschaft (EUR, netto), aufgeteilt für die letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahre, abzugeben.

3. Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

a) Angaben zur Zahl der Beschäftigten und Führungskräfte

Der Bewerber/die Bewerbergemeinschaft hat eine Eigenerklärung abzugeben, aus der die durchschnittliche Zahl der Beschäftigten des Bewerbers/der Bewerbergemeinschaft und die Zahl der Führungskräfte des Bewerbers/ der Bewerbergemeinschaft, jeweils in den letzten drei Jahren, ersichtlich ist.

Bei einer Bewerbergemeinschaft sind je Jahr die durchschnittliche Zahl der Beschäftigten und die Zahl der Führungskräfte jedes Mitglieds der Bewerbergemeinschaft zu addieren. Sollte die durchschnittliche Zahl der Beschäftigten und der Führungskräfte nicht genau ermittelt werden können, ist jeweils eine durchschnittliche Zahl der Beschäftigten und der Führungskräfte anzugeben, die in dem betreffenden Jahr mindestens beschäftigt waren. Der Wert ist dann entsprechend zu kennzeichnen. Als Beschäftigte gelten die sozialversicherungspflichtig angestellten Arbeitnehmer.

b) Angaben zu realisierten, vergleichbaren Referenzprojekten

Der Bewerber/die Bewerbergemeinschaft hat von diesem/dieser realisierte, vergleichbare Referenzprojekte anzugeben.

Folgende Angaben sind in Bezug auf die Referenzprojekte b) gefordert:

- Angabe der Projektbezeichnung;
- Angabe des Unternehmens, das Auftragnehmer des Projektes ist;
- Angabe des Auftraggebers;
- Angabe eines Ansprechpartners beim Auftraggeber (Name, Telefon, E-Mail);
- Angaben zum Projekt, Gebäudeart/-nutzung;
- Beauftragte HOAI-Leistungsphasen; Erbrachte Fachplanungsleistungen der Technischen Ausrüstung
- Zeitpunkt der baulichen und technischen Fertigstellung (MM/JJJJ);
- Zeitpunkt zur klinischen Inbetriebnahme
- Ausführungszeitraum der beauftragten Leistungen (MM/JJJJ);
- Herstellkosten der Technischen Ausrüstung der gegenständlichen Anlagengruppen in EUR netto nach DIN 276-1:(2018-12);
- Auftragswert.
- Projektbeschreibung;

Die Vorlage von mehr als 5 Referenzen ist nicht erwünscht.

Vergleichbare Referenzen sind Referenzen, die dem Auftragsgegenstand nach Art und Umfang nahekommen oder ähneln und somit einen tragfähigen Rückschluss auf die Leistungsfähigkeit des Bieters für die ausgeschriebene Leistung ermöglichen.

Es müssen Planungsleistungen der Leistungsphasen 2 bis 3 und 5 bis 8 des Leistungsbildes Fachplanung Technische Ausrüstung gem. § 55 HOAI 2021 i.V.m. Anlage

15, einer vergleichbaren realisierten Referenz bei Neubauten von Gebäuden im Hochbau nachgewiesen werden.

Folgende Mindestanforderungen werden gefordert:

- 1) Mindestens eine Referenz über die vorstehend beschriebene Planungsleistung in den Anlagengruppen 1, 2, und 3 (Abwasser-, Wasser-, Gasanlagen, Wärmeversorgungsanlagen, Lufttechnische Anlagen) der Technischen Ausrüstung bei einem Neubau eines Krankenhauses der Grund- und Regelversorgung (Akutklinik mit Erfüllung überörtlicher Schwerpunktaufgaben in Diagnose und Therapie, mit mind. den Funktionsstellen Operation, Intensive Care unit (ICU) und Intermediate Care) mit mindestens 150 Betten oder eines Gebäudes mit vergleichbaren Anforderungen. Die Herstellkosten (gemäß Kostenfeststellung) der Technischen Ausrüstung in den Kostengruppen 410, 420 und 430 gem. DIN 276-1-2018-12 betragen mindestens 30,0 Mio. EUR netto. Die klinische Inbetriebnahme erfolgte zwischen dem 01.01.2020 und der Teilnahmefrist.
- 2) Mindestens eine Referenz über die vorstehend beschriebene Planungsleistung in der Anlagengruppe 6 (Förderanlagen: Aufzugsanlagen, FTS, Rohrpostanlagen,) der Technischen Ausrüstung bei einem Neubau eines Krankenhauses der Grund- und Regelversorgung (Akutklinik mit Erfüllung überörtlicher Schwerpunktaufgaben in Diagnose und Therapie, mit mind. den Funktionsstellen Operation, Intensive Care unit (ICU) und Intermediate Care) mit mindestens 150 Betten oder eines Gebäudes mit vergleichbaren Anforderungen. Die Herstellkosten (gemäß Kostenfeststellung) der Technischen Ausrüstung in der Kostengruppe 480 gem. DIN 276-1-2018-12 betragen mindestens 6,0 Mio. EUR netto. Die bauliche und technische Fertigstellung erfolgte zwischen dem 01.01.2020 und der Teilnahmefrist.

und

- 3) Mindestens eine Referenz über die vorstehend beschriebene Planungsleistung in der Anlagengruppe 8 (Gebäudeautomation) der Technischen Ausrüstung bei einem Neubau eines Krankenhauses der Grund- und Regelversorgung (Akutklinik mit Erfüllung überörtlicher Schwerpunktaufgaben in Diagnose und Therapie, mit mind. den Funktionsstellen Operation, Intensive Care unit (ICU) und Intermediate Care) mit mindestens 150 Betten oder eines Gebäudes mit vergleichbaren Anforderungen. Die Herstellkosten (gemäß Kostenfeststellung) der Technischen Ausrüstung in der Kostengruppe 480 gem. DIN 276-1-2018-12 betragen mindestens 1,7 Mio. EUR netto. Die klinische Inbetriebnahme erfolgte zwischen dem 01.01.2020 und der Teilnahmefrist.

Die Mindestreferenzen 1), 2) und 3) können durch eine Referenz nachgewiesen werden, sofern die Referenz die Mindestanforderungen aller drei Mindestreferenzen erfüllt.

III. Beschränkung der Zahl der aufzufordernden Bewerber

Anhand der nachfolgenden genannten Auswahlkriterien wird der Auftraggeber mindestens 3 und maximal 5 Bewerber auswählen, die er für das Verhandlungsverfahren auf Basis der Vergabeunterlagen zur Abgabe von Erstangeboten auffordert (vgl. § 51 VgV).

Objektive Kriterien für die Auswahl der begrenzten Zahl von Bewerbern:

Unter den Bewerbern wird anhand der Referenzen gem. Ziffer III.1.3 der Bekanntmachung und der o.g. Ziff. 3 b) beurteilt, wer unter den als grundsätzlich geeignet eingestuften Bewerbern im Vergleich zu den Mitbewerbern besonders geeignet erscheint und daher am weiteren Verfahren beteiligt werden soll. Dies erfolgt nach den folgenden Kriterien:

Bei der Bewertung der beiden Mindestreferenzen „Technische Ausrüstung“ werden die im Teilnahmeformular zu Ziff. 1), 2) und 3) jeweils besten Referenzen wie folgt bewertet:

Kriterium „Herstellkosten Technische Ausrüstung KGR 410, KGR 420 und KGR 430 bei 1)“

30 Mio. EUR netto bis 40 Mio. EUR netto	1 Punkt
über 40 Mio. EUR netto bis 50 Mio. EUR netto	2 Punkte
über 50 Mio. EUR netto bis 65 Mio. EUR netto	3 Punkte
über 65 Mio. EUR netto	4 Punkte

Kriterium „Herstellkosten Technische Ausrüstung KGR 460 bei 2)“

6 Mio. EUR netto bis 7,5 Mio. EUR netto	1 Punkt
über 7,5 Mio. EUR netto bis 9,0 Mio. EUR netto	2 Punkte
über 9,0 Mio. EUR netto bis 10 Mio. EUR netto	3 Punkte
über 10 Mio. EUR netto	4 Punkte

Kriterium „Herstellkosten Technische Ausrüstung KGR 480 bei 3)“

1,7 Mio. EUR netto bis 2,2 Mio. EUR netto	1 Punkt
über 2,2 Mio. EUR netto bis 2,7 Mio. EUR netto	2 Punkte
über 2,7 Mio. EUR netto bis 3,3 Mio. EUR netto	3 Punkte
über 3,3 Mio. EUR netto	4 Punkte

Maximal können 12 Punkte erreicht werden.

Für den Fall, dass nach der vorstehend beschriebenen Vorgehensweise durch Punktegleichstand die vorgesehene Anzahl der zur Angebotsabgabe aufzufordernden Bewerber/Bewerbergemeinschaft überschritten wird, wird der Bewerber/die Bewerbergemeinschaft ausgewählt, der die höheren Herstellkosten der Technischen Ausrüstung in den Kostengruppen KGR 410, 420 und 430 gemäß den Mindestanforderungen Ziffer 1) in der besten Referenz vorlegen kann. Sollte dennoch Punktegleichstand bestehen, wird der Bewerber/die

Bewerbergemeinschaft ausgewählt, der die höheren Herstellkosten der Technischen Ausrüstung in der Kostengruppe KGR 480 gemäß den Mindestanforderungen Ziffer 3) in der besten Referenz vorlegen kann. Sollte dennoch Punktegleichstand bestehen, wird der Bewerber/die Werbergemeinschaft ausgewählt, der die höheren Herstellkosten der Technischen Ausrüstung in der Kostengruppe KGR 460 gemäß den Mindestanforderungen Ziffer 2) in der besten Referenz vorlegen kann. Sollte dennoch Punktegleichstand bestehen, entscheidet das Los.

IV. Fragen und Mitteilung von Unklarheiten in den Vergabeunterlagen

Der Bewerber/die Werbergemeinschaft hat die Vollständigkeit der Vergabeunterlagen zu überprüfen und fehlende Unterlagen beim Auftraggeber anzufordern.

Ergeben sich für den Bewerber / die Werbergemeinschaft Fragen oder enthalten die Vergabeunterlagen nach Ansicht des Bewerbers / der Werbergemeinschaft Unklarheiten bzw. Fehler, so obliegt es dem Bewerber / der Werbergemeinschaft sich spätestens zu der oben im Zeitplan unter A.XII „Voraussichtlicher Zeitplan des Vergabeverfahrens“ genannten Frist zur Stellung von Bewerberfragen über das E-Vergabe-Portal zu registrieren (falls noch nicht geschehen) und über das E-Vergabe-Portal seine Bewerberfrage(n) unter Bezugnahme auf dieses Vergabeverfahren zu stellen und auf die Unklarheiten bzw. Fehler hinzuweisen.

Anfragen außerhalb des E-Vergabe-Portals werden inhaltlich nicht beantwortet. Die Fragen der Bewerber werden ausschließlich über das E-Vergabe-Portal beantwortet, sofern sie für das Verfahren relevant sind.

Die Vergabestelle weist ausdrücklich darauf hin, dass bei fehlender Registrierung bzgl. aller Informationen im Vergabeverfahren eine „Holschuld“ des Bewerbers besteht.

V. Ergänzende Hinweise

Der Auftraggeber kann Bewerber / die Werbergemeinschaft auffordern, die eingereichten Unterlagen zu erläutern (vgl. § 48 Abs. 7 VgV).

Der Bewerber / die Werbergemeinschaft, der / die nach dem Ergebnis dieser Prüfung die Anforderungen an die Eignung nicht erfüllen, werden vom weiteren Verfahren ausgeschlossen.

C. ANGEBOTS- UND VERHANDLUNGSPHASE

I. Aufforderung zur Abgabe von Angeboten

Nur diejenigen geeigneten Bewerber, die vom Auftraggeber nach Prüfung der übermittelten Informationen dazu aufgefordert werden, können ein Erstantebot einreichen.

1. Angebote

Das Angebot (Erstantebot, ein etwaiges Folgeangebot und das endgültige Angebot) besteht aus

- dem ausgefüllten Angebotsschreiben (Anlage Angebotsschreiben, wird in der Angebotsphase nachgereicht) inklusive der darin enthaltenen Formblätter und geforderten Anlagen und Erklärungen;
- dem Ingenieurvertrag (wird in der Angebotsphase nachgereicht);
- dem Leistungsbild (Anlage Leistungsbild, wird in der Angebotsphase nachgereicht);
- Projektunterlagen (Anlagenkonvolut Projektunterlagen);
- den Datenschutzhinweisen (Anlage Datenschutzhinweise).

nach näherer Maßgabe der nachfolgenden C.I.2 bis C.X.

2. Angebotsschreiben

Für die Erstellung des Anschreibens ist das beigefügte Formular Angebotsschreiben in Anlage Angebotsschreiben zwingend zu verwenden. Dieses ist vollständig auszufüllen und in Textform gemäß § 126b BGB zusammen mit den übrigen Angebotsbestandteilen gemäß den in Kapitel A.XIII.4 beschriebenen Vorgaben bis zum Ablauf der Angebotsfrist auf dem E-Vergabe-Portal einzureichen.

3. Mindestanforderungen

Zum Nachweis der Erfüllung der Mindestanforderungen ist das Formblatt „Mindestanforderungen“ (Anlage Mindestanforderungen, wird in der Angebotsphase nachgereicht) zwingend zu verwenden. Dieses Formblatt ist vollständig auszufüllen und zusammen mit den übrigen Angebotsbestandteilen gemäß den in Kapitel A.XIII.4 beschriebenen Vorgaben bis zum Ablauf der Angebotsfrist auf dem E-Vergabe-Portal einzureichen.

Die im Formblatt „Mindestanforderungen“ (Anlage Mindestanforderungen, wird in der Angebotsphase nachgereicht) genannten Mindestanforderungen können im Laufe des Verhandlungsverfahrens nicht mehr geändert werden. Erfüllt das Angebot eines Bieters im Letztangebot nicht die Mindestanforderungen, ist es zwingend auszuschließen.

Alle Anforderungen aus den Vergabeunterlagen sind zwar für die Abgabe der Angebote (Erstangebot, ggf. weitere Angebote und endgültiges Angebot) einzuhalten, können sich aber im Falle eines Verhandlungstermins aufgrund der Verhandlungen (mit dem Ziel, die Angebote inhaltlich zu verbessern) in der oder den Verhandlungsrunde(n) mit Ausnahme der vorgenannten Mindestanforderungen und der Zuschlagskriterien ändern und werden in diesem Fall vom Auftraggeber in der anschließenden Überarbeitung der Vergabeunterlagen, insbesondere der Leistungsbeschreibung und des Ingenieurvertrag und dessen Anlagen neu angepasst (vgl. § 17 Abs. 10 VgV).

II. Wertung der Angebote

Die Wertung der Angebote erfolgt folgendermaßen:

Zunächst prüft der Auftraggeber, ob die Angebote jeweils die Mindestanforderungen (siehe C.I.3) erfüllen. Erfüllt ein Angebot nicht die Mindestanforderungen, wird es ausgeschlossen.

Die geprüften und zu wertenden Angebote werden auf der letzten Wertungsstufe bezüglich der Zuschlagskriterien und deren Gewichtung bewertet. Bewertet werden der Preis, die Ausarbeitungen (Konzepte) des Bieters/der Bietergemeinschaften zu:

1. Auftragsbezogenes Konzept zur Herangehensweise bei der Leistungserbringung;
2. Auftragsbezogenes Personalkonzept inkl. Qualifikation und Erfahrung der Mitglieder des Projektteams.

Die ggf. vom Bieter/der Bietergemeinschaft in der Verhandlung ausgeteilten Unterlagen zur Angebotspräsentation bleiben bei der Wertung unberücksichtigt.

Zuschlagskriterien und deren Gewichtung:

Die Ermittlung des wirtschaftlichsten Angebots erfolgt anhand nachfolgend dargestellter Bewertungsmethode nach dem besten Preis-Leistungsverhältnis. Dabei hat derjenige Bieter das wirtschaftlichste Angebot abgegeben, dessen Angebot die größte Wirtschaftlichkeitskennzahl (Z) im Vergleich zu den anderen Angeboten aufweist.

Die Bewertung erfolgt dabei in folgenden Schritten:

1. Ermittlung der Leistungspunkte (**L**) des Angebots
2. Ermittlung der Preispunkte (**P**) des Angebots
3. Ermittlung der Wirtschaftlichkeitskennzahl (**Z**) mittels Addition der Leistungspunkte (**L**) mit den Preispunkten (**P**) mathematisch gerundet auf zwei Nachkommastellen:

$$\mathbf{Z = L + P}$$

Der Auftraggeber schließt den Vertrag mit dem Bieter, dessen Angebot die höchste Wirtschaftlichkeitskennzahl (**Z**) erhält.

Hinweis: Sollten zwei (oder mehr) Angebote die gleiche Wirtschaftlichkeitskennzahl (**Z**) erzielen und auf den vordersten Rängen liegen, gilt von diesen Angeboten dasjenige Angebot mit den meisten Preispunkten (**P**) als das wirtschaftlichste Angebot.

1. Ermittlung der Leistungspunkte (L)

L = Summe der in allen zwei qualitativen Zuschlagskriterien (Konzepte) erhaltenen Gesamtpunkte.

Die Gesamtpunkte sind das Produkt aus Bewertungspunkten und dem Multiplikator je qualitativem Zuschlagskriterium.

Bei jedem qualitativen Zuschlagskriterium werden Bewertungspunkte von 0 bis 4 vergeben, wobei 4 Bewertungspunkte die bestmögliche Bewertung darstellen. Die vorstehend beschriebenen Maßgaben sind „Zielvorstellungen des Auftraggebers“ im Sinne der angegebenen Bewertungsformel (zur Bewertungsformel siehe im Anschluss an diese Tabelle).

Der Auftraggeber wird die Erreichung seiner Zielvorstellungen durch den Bieter/die Bietergemeinschaft auf der Grundlage der einzureichenden Unterlagen gemäß der angegebenen Bewertungsformel bewerten.

Angebote (Erstangebote sowie etwaige Folgeangebote und endgültige Angebote) werden anhand der qualitativen Zuschlagskriterien wie folgt gewertet:

Nr.	Qualitatives Zuschlagskriterium	Bewertungspunkte (max. erzielbar)	Multiplikator	Gesamtpunktzahl (max. erzielbar) im jeweiligen qualitativen Zuschlagskriterium
1	<p>Auftragsbezogenes Konzept zur Herangehensweise bei der Leistungserbringung</p> <p>Konzeptionelle Darstellung der beabsichtigten Vorgehensweise zur Sicherstellung einer qualitativ hochwertigen, wirtschaftlichen, nachhaltigen und funktionalen Fachplanung der Technischen Ausrüstung der vergabegegenständlichen Anlagen Gruppen, in den Leistungsphasen 1–9 sowie eine kosten- und termingerechte bauliche Umsetzung. Zudem soll dargestellt werden, wie die Kommunikation zwischen Auftraggeber und Auftragnehmer erfolgen soll. Die Anwendung der BIM-Methode ist darzustellen.</p> <p>Bewertet wird, inwieweit die konzeptionelle Darstellung nachvollziehbar und schlüssig eine möglichst hochwertige und reibungslose Leistungserbringung erwarten lässt.</p> <p>Das Konzept soll den Umfang von 10 Seiten/Powerpoint-Folien nicht übersteigen.</p>	4	100	400
2	<p>Auftragsbezogenes Personalkonzept inkl. Qualifikation und Erfahrung der Mitglieder des Projektteams</p> <p>Konzept im Hinblick auf die Projektleitung inkl. der fachlichen Qualifikationen und Erfahrungen der Projektleitung und der Projektmitglieder, die Personalorganisation und das Personalkonzept – im Projektverlauf - mit Aufgabenverteilung und u.a. mit Darstellung in einem Organigramm.</p> <p>Zudem soll im Konzept die Methodik dargestellt werden, wie die Kommunikation zwischen</p>	4	75	300

	<p>Auftraggeber, Auftragnehmer und weiteren Projektpartner sowie innerhalb des Teams erfolgen soll.</p> <p>Bewertet wird, inwieweit die konzeptionelle Darstellung eine hohe Qualität der Leistungserbringung erwarten lässt; Schwerpunkt wird hierbei die Kompetenz der Projektleitung sein.</p> <p>Das Konzept soll den Umfang von 8 Seiten/ Powerpoint-Folien nicht übersteigen.</p>			
	Maximal zu erreichende Leistungspunkte (L)			700

Die Bewertung der qualitativen Zuschlagskriterien (Nr. 1 bis 2) erfolgt im Vergleich der verschiedenen wertbaren Angebote untereinander unter Abwägung der jeweiligen guten und weniger guten Aspekte (sog. diskursive Wertung). Dabei werden ganze, halbe und viertel Punkte vergeben. Sie erfolgt wie folgt:

4 Bewertungspunkte:

Die Angaben des Bieters zu dem jeweiligen qualitativen Zuschlagskriterium lassen in der prognostischen Bewertung durch den Auftraggeber im Vergleich zu den anderen wertbaren Angeboten im Hinblick auf die zu dem jeweiligen qualitativen Zuschlagskriterium genannten Zielvorstellungen des Auftraggebers eine sehr gute Leistung erwarten.

3 Bewertungspunkte:

Die Angaben des Bieters zu dem jeweiligen qualitativen Zuschlagskriterium lassen in der prognostischen Bewertung durch den Auftraggeber im Vergleich zu den anderen wertbaren Angeboten im Hinblick auf die zu dem jeweiligen qualitativen Zuschlagskriterium genannten Zielvorstellungen des Auftraggebers eine gute Leistung erwarten.

2 Bewertungspunkte:

Die Angaben des Bieters zu dem jeweiligen qualitativen Zuschlagskriterium lassen in der prognostischen Bewertung durch den Auftraggeber im Vergleich zu den anderen wertbaren Angeboten im Hinblick auf die zu dem jeweiligen qualitativen Zuschlagskriterium genannten Zielvorstellungen des Auftraggebers eine befriedigende Leistung erwarten.

1 Bewertungspunkt:

Die Angaben des Bieters zu dem jeweiligen qualitativen Zuschlagskriterium lassen in der prognostischen Bewertung durch den Auftraggeber im Vergleich zu den anderen wertbaren Angeboten im Hinblick auf die zu dem jeweiligen qualitativen Zuschlagskriterium genannten Zielvorstellungen des Auftraggebers eine ausreichende Leistung erwarten.

0 Bewertungspunkte:

Die Angaben des Bieters zu dem jeweiligen qualitativen Zuschlagskriterium lassen in der prognostischen Bewertung durch den Auftraggeber im Vergleich zu den anderen wertbaren Angeboten im Hinblick auf die zu dem jeweiligen qualitativen Zuschlagskriterium genannten Zielvorstellungen des Auftraggebers eine mangelhafte oder gar ungenügende Leistung erwarten.

2. Ermittlung der Preispunkte (P)

Die Ermittlung der Preispunkte (**P**) des Angebots erfolgt auf Basis des vom Bieter/der Bietergemeinschaft im Honorarformblatt (**Anlage Honorarformblatt**, wird in der Angebotsphase nachgereicht) angebotenen Brutto-Gesamthonorarsumme nach den folgenden Rechenschritten:

Das Angebot mit der niedrigsten Brutto-Gesamtpauschalhonorarsumme erhält 300 Punkte, ein Angebot mit einer Brutto-Gesamtpauschalhonorarsumme, die beim (mindestens) 2,0-fachen der niedrigsten Brutto-Gesamtpauschalhonorarsumme liegt, erhält 0 Punkte. Ein Angebot mit einer Brutto-Gesamthonorarsumme, die zwischen dem 1,0-fachen und 2,0-fachen der niedrigsten Brutto-Gesamtpauschalhonorarsumme liegt, erhält die Punktzahl, die sich aus der linearen Interpolation mit bis zu drei Stellen nach dem Komma ergibt.

III. Bieterfragen

1. Hinweispflicht bei Unklarheiten oder Fehlern in den Vergabeunterlagen

Enthalten die für die Abgabe der Angebote (Erstangebote sowie etwaige Folgeangebote und endgültige Angebote) erforderlichen Vergabeunterlagen nach Auffassung des Wirtschaftsteilnehmers Unklarheiten oder Fehler, so hat er den Auftraggeber unverzüglich und vor Ablauf der jeweiligen Frist zur Angebotsabgabe ausschließlich über das E-Vergabe-Portal auf die Unklarheiten bzw. Fehler hinzuweisen.

2. Frist für Bieterfragen

Ergeben sich für den Bieter / die Bietergemeinschaft Fragen oder enthalten die Vergabeunterlagen Unklarheiten bzw. Fehler, so obliegt es dem Bieter / der Bietergemeinschaft, die Bieterfragen gegenüber dem Auftraggeber unverzüglich zu stellen, möglichst spätestens 6 Werktage vor der Frist zu Abgabe der jeweiligen Angebote.

Telefonische, per E-Mail, direkt mündlich oder schriftlich gestellte Fragen, die nicht über das E-Vergabe-Portal an den Auftraggeber adressiert werden, sind nicht zulässig und werden inhaltlich nicht beantwortet.

3. Beantwortung von Bieterfragen und sonstigen Mitteilungen des Auftraggebers

Sowohl Fragen als auch Antworten werden, gleichzeitig allen sich noch im Vergabeverfahren befindenden Bietern in anonymisierter Form ausschließlich über das E-Vergabe-Portal zur Verfügung gestellt. Dies gilt auch für sonstige Mitteilungen des Auftraggebers (z.B. Änderung der Vergabeunterlagen oder sonstige Hinweise).

IV. Allgemeine Anforderungen an die Angebote

Die Angebote haben die geforderten Angaben, Erklärungen und Preise vollständig zu enthalten und sind rechtzeitig ausschließlich über das E-Vergabe-Portal einzureichen (vgl. § 53 Abs. 7 Satz 2 VgV).

1. Frist zur Abgabe der Erstangebote

Das Erstangebot muss einschließlich der jeweils geforderten Unterlagen ausschließlich in elektronischer Form auf dem E-Vergabe-Portal rechtzeitig, und zwar spätestens bis zum

30.04.2026, 11:00 Uhr

eingereicht werden.

Das Erstangebot muss vollständig sein. Für das Erstangebot sind die vom Auftraggeber bereitgestellten Unterlagen / Vordrucke zu verwenden. Der Bieter hält sich an sein Erstangebot bis zum Ablauf der in der Angebotsaufforderung enthaltenen Bindefrist gebunden.

Bieter dürfen bei der Öffnung der Angebote nicht anwesend sein (§ 55 Abs. 2 Satz 2 VgV).

2. Umgang mit verspätet eingegangenen Angeboten

Angebote, die verspätet eingehen, werden vom weiteren Verfahren ausgeschlossen, es sei denn, der verspätete Eingang ist durch Umstände verursacht worden, die nicht vom Bieter zu vertreten sind. Der Bieter trägt die Darlegungslast und Beweislast, dass diese ihn entlastenden Umstände tatsächlich gegeben sind.

3. Änderungen des Angebots durch den Bieter

Bis zum Ablauf der jeweiligen Angebotsfrist können die jeweiligen Angebote über das E-Vergabe-Portal zurückgezogen werden.

Berichtigungen, Ergänzungen oder Änderungen können hinsichtlich des jeweiligen Angebots bis zum Ablauf der jeweiligen Angebotsfrist ausschließlich über das E-Vergabe-Portal vorgenommen werden.

4. Eintragungen des Bieters und Änderungen hieran

Eintragungen des Bieters müssen klar und eindeutig sein. Der Bieter trägt das Risiko unklarer und nicht eindeutiger Eintragungen.

Änderungen des Bieters an seinen Eintragungen müssen zweifelsfrei sein.

5. Änderungen der Vergabeunterlagen

Änderungen in und an den Vergabeunterlagen durch die Bieter sind unzulässig (vgl. § 53 Abs. 7 Satz 1 VgV).

6. Formblätter des Auftraggebers

Es sind ausschließlich diejenigen Formblätter zu verwenden, welche den Vergabeunterlagen beigelegt sind.

V. Aufforderung zur Teilnahme an Präsentations- und Verhandlungsterminen

Nach Abgabe der Erstantgebote wird der Auftraggeber die Bieter zu einem Präsentations- und Verhandlungstermin eingeladen. In diesem Termin werden die Bieter die wesentlichen Bestandteile ihres Angebotsentwurfs im Rahmen einer 40-minütigen Präsentation darlegen.

Die zur Teilnahme am Verhandlungstermin aufgeforderten Bieter haben zum Verhandlungstag sich auf die bereits mit dem Erstantgebot eingereichten Unterlagen zu beziehen.

Die Angebotspräsentation muss beinhalten Angaben zu:

1. Auftragsbezogenes Konzept zur Herangehensweise bei der Leistungserbringung;
2. Auftragsbezogenes Personalkonzept inkl. Qualifikation und Erfahrung der Mitglieder des Projektteams.

Die Vergabestelle wird im Anschluss an die Präsentation offene Punkte des Angebots aufklären sowie Fragen zu den Inhalten der Präsentation stellen. Hierfür sind 20 Minuten vorgesehen.

An dem Präsentations- und Verhandlungstermin sollen der für den Auftragsfall vorgesehene Gesamtprojektleiter und der stellvertretende Gesamtprojektleiter teilnehmen. Die Angebotspräsentation soll bieterseitig von dem projektverantwortlichen Gesamtprojektleiter und dem stellvertretenden Gesamtprojektleiter geführt werden.

Der Auftraggeber verhandelt mit den Bietern über die von ihnen eingereichten Erstantgebote und etwaigen Folgeangebote mit dem Ziel, die Angebote inhaltlich zu verbessern. Dabei darf über den gesamten Angebotsinhalt verhandelt werden mit Ausnahme der vom Auftraggeber in den Vergabeunterlagen festgelegten Mindestanforderungen und Zuschlagskriterien (vgl. § 17 Abs. 10 VgV).

Der Präsentations- und Verhandlungstermin wird voraussichtlich am

11.05.2026

stattfinden. Wir bitten Sie, sich diesen Termin freizuhalten. Eine Einladung mit Einzelheiten zum Ablauf mit der genauen Uhrzeit erfolgt voraussichtlich in der Woche vor dem Termin.

Die Bieter werden gebeten, bereits mit ihrem Erstantgebot eine Liste mit ihren Änderungswünschen zum Vertrag abzugeben. Diese Liste ist nicht Teil des Erstantgebotes der Bieter/ Bietergemeinschaft(en), sondern dient allein der Vorbereitung eines etwaigen Verhandlungstermins.

Die Vergabestelle behält sich vor, lediglich die beiden bestplatzierten Bieter zu einem Präsentations- und Verhandlungstermin einzuladen.

VI. Aufforderung zur Abgabe etwaiger Folgeangebote

Der Auftraggeber wird auf Basis der Bewertung der Erstangebote die bestplatzierten Bieter/Bietergemeinschaften ggf. auffordern, ihr Angebot zu überarbeiten. Der Auftraggeber behält sich vor, den Bieterkreis im Laufe der Verhandlungen auf der Grundlage einzureichender verbindlicher Angebote weiter zu verengen. Diese Folgeangebote werden erneut bewertet, und zwar unter Berücksichtigung der o.g. Kriterien, allerdings mit der Maßgabe, dass kein Präsentationstermin stattfindet.

VII. Aufforderung zur Abgabe etwaiger Folgeangebote und zur Teilnahme an weiteren Verhandlungsrunden

Der Auftraggeber behält sich vor, die Bieter / Bietergemeinschaften, die am Verhandlungsgespräch teilgenommen haben, aufzufordern, weitere Folgeangebote abzugeben und weitere Verhandlungsrunden durchzuführen. Der Auftraggeber behält sich vor, den Bieterkreis im Laufe der Verhandlungen auf der Grundlage einzureichender verbindlicher Angebote weiter zu verengen.

Für die Abgabe etwaiger Folgeangebote gelten die gleichen Wertungskriterien, die gleichen Gewichtungen und die gleiche Wertungsformel, wie für die Abgabe der überarbeiteten Angebote.

VIII. Aufforderung zur Abgabe der endgültigen Angebote

Der Auftraggeber unterrichtet den/die Bieter / Bietergemeinschaft(en), die am (letzten) Verhandlungsgespräch teilgenommen haben, in Textform über etwaige Änderungen der Leistungsbeschreibung, insbesondere der technischen Anforderungen oder anderer Bestandteile der Vergabeunterlagen (inkl. des Ingenieurvertrag). Im Anschluss an solche Änderungen gewährt der öffentliche Auftraggeber diesen Bietern ausreichend Zeit, um ihre Angebote zu ändern und überarbeitete Angebote einzureichen.

Für die Abgabe der endgültigen Angebote gelten die gleichen Wertungskriterien, dieselbe Gewichtung und die gleiche Wertungsformel, wie für die Abgabe der Erstangebote.

IX. Etwaige Aufhebung des Vergabeverfahrens

Der Auftraggeber ist insbesondere berechtigt, das Vergabeverfahren ganz oder teilweise aufzuheben, wenn kein wirtschaftliches Ergebnis erzielt wurde (vgl. § 63 Abs. 1 Nr. 3 VgV).

X. Vertragsschluss

Der Vertrag kommt durch Zuschlag in Form eines Zuschlagsschreibens des Vertreters des Auftraggebers auf das Angebotsschreiben des Bieters/der Bietergemeinschaft mit dem wirtschaftlichsten Angebot zustande.